

Es ist deshalb kein Wunder, daß gerade dieser Eckpfeiler unserer Wirtschaftspolitik von den westdeutschen herrschenden Kreisen immer wieder zum Ziel wütender Attacken und Verleumdungen genommen wird.

Unsere gleichberechtigten Beziehungen zur Sowjetunion sind für uns in jeder Weise vorteilhaft. Sowohl wir als auch unser Haupthandelspartner, die Sowjetunion, erzielen durch die gegenseitige Arbeitsteilung einen großen Nutzen.

Die Rentabilität unserer Lieferungen und Bezüge ist günstig und hat ausgezeichnete Perspektiven. Das ist vor allem deshalb der Fall, weil sich die Beziehungen immer mehr auf die Zweige konzentrieren, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und Höchststand bestimmen. Das sind die Elektronik, die Regelungs- und Automatisierungstechnik, der Maschinenbau und die Chemie, die Grundlagenforschung und die angewandte Forschung. Das gilt auch für unsere Rohstoffbezüge. So konnte kürzlich ein Regierungsabkommen über die Lieferung von Erdgas aus der UdSSR in die DDR und die Zusammenarbeit beim Bau einer Erdgasleitung abgeschlossen werden. Auch die gegenseitige Lieferung von hochwertigen Konsumgütern ist für uns sehr nützlich. Zwischenstaatliche Arbeitsteilung erfordert, daß sich ein Partner auf den anderen verlassen kann: Internationale Verflechtung von wirtschaftlichen Prozessen macht Stabilität in den Lieferungen und Bezügen notwendig.

Diese Vertrauensbasis besteht voll und ganz zwischen den beiden befreundeten Ländern der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion. Wie sieht dagegen die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Westdeutschland aus? Bereits in meiner Erklärung vor der 3. Tagung der Volkammer im September 1967 habe ich hervorgehoben, daß der Handel zwischen beiden deutschen Staaten ernsthaft von westdeutscher Seite behindert wird, daß aber jeder Versuch, über die Handelsbeziehungen einen politischen oder ökonomischen Druck auf die DDR auszuüben, zum Scheitern verurteilt ist. Diese Feststellung ist nach wie vor gültig. Die zutiefst reaktionäre und aggressive Politik der Bonner Regierung, die sich auch weiterhin die Alleinvertretung für beide deutsche Staaten anmaßt, kann keine Plattform für den normalen Handel zwischen beiden deutschen Staaten sein. Außerdem muß Westdeutschland die immer noch ausstehenden Schulden begleichen. Es sei daran erinnert, daß westdeutsche Politiker, die heuchlerisch vorgeben, eine nationale Politik zu betreiben, unserem sozialistischen Staat deutscher Nation alles Schlechte wünschen und dementsprechend handelten. Von ihnen wurde mit allen Mitteln seit dem Jahre 1963 in gehässiger Weise gegen die Beschlüsse über das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der DDR gehetzt und deren Scheitern prophezeit. Aber angesichts unserer stabilen Entwicklung müssen die gleichen Leute nun die Wirtschaftserfolge der DDR eingestehen und gleichzeitig zugeben, daß der Rückgang des Handels mit der DDR auf die krisenhafte Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft zurückzuführen ist.

Die Industrie- und Finanzbosse und ihre Helfer, die sozialdemokratischen Minister und vor allem die Springer-Presse, empfehlen uns eine Liberalisierung und Dezentralisierung der Wirtschaft, aber gleichzeitig wird in Westdeutschland erbarmungslos das Kapital konzentriert. Dort herrschen wenige Milliardäre und Millionäre über die vielen Millionen der arbeitenden Menschen und über die Produktionsmittel. Niemals wird die Arbeiterklasse in der DDR, die Besitzer und Eigentümer der Produktionsmittel ist und die Politik ihres Staates bestimmt, Empfehlungen von solchen Leuten annehmen.

Die Bonner Regierung, die unter dem Deckmantel einer sogenannten neuen Ostpolitik ihren revanchistischen Kurs verstärkt fortsetzt, weigert sich noch